

Konsequenter Bürokratieabbau als Gebot der Stunde

Erklärung des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) zum Bürokratieabbau in Brandenburg

Potsdam, 7. Januar 2006

Der SGK-Landesvorstand unterstützt nachdrücklich den Brandenburgischen Landtag bei seinen Anstrengungen zum Bürokratieabbau. Zugleich werden alle Institutionen der Landesverwaltung aufgefordert, einen intensiveren Beitrag als bisher zur Entbürokratisierung zu leisten.

Das Engagement des zuständigen Sonderausschusses ist hervorzuheben und seine Arbeit zu unterstützen. Es muss unbedingt erreicht werden, dass es dem Ausschuss ermöglicht wird, die gesteckten Ziele als Signal an die Landespolitik erfüllen zu können. Aus Sicht der SGK ist zu unterstreichen, dass eine weitere Herausforderung in der mittel- und langfristigen Fortführung des Bürokratieabbaus nach Beendigung der Arbeit des Ausschusses liegt. Landesregierung und Landtag sind aufgefordert, die Normenflut durch den Umfang und die konkrete Ausgestaltung der Gesetzgebung nicht weiter anschwellen zu lassen. So muss ein weitgehender Verzicht auf Verordnungsermächtigungen eine disziplinierende Wirkung auf die Fachministerien ausüben. Neben den eigentlichen Gesetzestexten sind vor allem die Verordnungen, Runderlasse und weitere ministerielle Aktivitäten, die Bürger, Wirtschaft und Kommunen in ihrer Arbeit belasten. Hier ist zukünftig eine deutliche Zurückhaltung erforderlich. Darüber hinaus sollte der Landtag prüfen, ob auf neue Sachverhalte und Herausforderungen weiterhin vor allem durch ein Gesetz reagiert wird. Es erscheint aus Sicht des SGK-Landesvorstandes z.B. unklar, welcher konkrete Nutzen sich aus einem eGovernment-Gesetz für Brandenburg ergibt.

Dringend geboten ist zudem ein Kulturwandel in der Bevölkerung, bei den Medien und den vielen Vertreterinnen und Vertretern von Gruppen- und Einzelinteressen. Solange für nahezu alle Lebensbereiche eine möglichst umfassende staatliche Regulierung erwartet wird, kann der Bürokratieabbau nicht gelingen. Eine allgemeine Zustimmung zum Bürokratieabbau verbinden die Lobbyisten unterschiedlichster Herkunft immer wieder mit der Forderung, ihren eigenen Bereich von der Deregulierung auszusparen. Wir müssen uns auf die Sicherung zentraler Werte, vor allem im Bereich der (öffentlichen) Sicherheit und der Daseinsvorsorge konzentrieren. In weniger relevanten Bereichen wird es aber notwendig sein, auch Ungleichheit zuzulassen. Der SGK-Landesvorstand spricht sich dafür aus, sich endlich von der Illusion der Möglichkeit umfassender staatlicher Steuerung zu verabschieden. Aus Sicht des SGK-Landesvorstandes wird der notwendige Einstellungswandel nur durch eine glaubwürdige gemeinsame Anstrengung aller in öffentlicher Verantwortung stehenden Akteure gelingen. Es ist zu verdeutlichen, dass Verantwortung wieder in die Gesellschaft zurückzugeben ist. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bedarf es neuer Formen der Erbringung bisher öffentlich bereitgestellter Leistungen.

Weiterhin ist die Verteilung der öffentlichen Aufgaben auf Land und Kommunen intensiv zu überprüfen. Es erweist sich immer wieder, dass auch das Handeln der Landesverwaltung nicht fehlerfrei ist. Die kommunale Dienstleistungserstellung ist zudem oft bürgernäher und preisweiser. Der SGK-Landesvorstand unterstreicht noch einmal, dass die Aufgabe der öffentlichen Hand die konkrete Leistungserbringung und nicht das Vorhalten von nachgeordneten Behörden von Fachministerien ist. Zudem müssen die politischen Verantwortlichen aller Ebenen noch stärker als bisher gegen die Fachbruderschaften vorgehen.